

KURZLEHRBÜCHER
FÜR DAS JURISTISCHE STUDIUM

Ambos
Internationales Strafrecht

Internationales Strafrecht

Strafanwendungsrecht – Völkerstrafrecht –
Europäisches Strafrecht – Rechtshilfe

EIN STUDIENBUCH

von

Dr. Kai Ambos

o. Professor an der Universität Göttingen
Richter am Landgericht

unter Mitarbeit von

Dr. Stefanie Bock
Dipl. Jurist Alexander Heinze
Stud. iur. Annika Poschadel

3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C. H. Beck München 2011

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 61489 7

© 2011 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: ottomedien, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Für Vânia, Lara und Analu

Vorwort

Auch diese Auflage versucht den Spagat zwischen einem didaktisch orientierten Lern- und Lehrbuch und einem Studienbuch mit wissenschaftlichem Anspruch. Dies hat aus Platzgründen, wie schon in der Voraufgabe, Kürzungen notwendig gemacht. So wird auch hier nur die neue bzw. erstmals zitierte Literatur in die Schriftumsverzeichnisse aufgenommen und in einigen, aus heutiger Sicht weniger relevanten Teilen auf die Voraufgabe (und auch auf die erste Auflage) verwiesen. Die gestrichene Literatur ist wieder auf meiner Website abrufbar: www.department-ambos.uni-goettingen.de/lehrbuch.html.

Die größten Änderungen waren aufgrund des Inkrafttretens des Lissabonner Vertrags in Teil 3 nötig. Hier habe ich die Chance einer völligen Neustrukturierung genutzt: Nach einem einführenden Abschnitt (§ 9) wird der Grundrechtsschutz in Europa (§ 10) – wegen seiner Bedeutung an der Spitze stehend – dargestellt, sodann das materielle und prozessuale europäische Strafrecht (§§ 11, 12) und seine Institutionen (§ 13). In den anderen beiden Teilen war hingegen eine gründliche Aktualisierung ausreichend, die freilich vor allem im völkerstrafrechtlichen Teil 2 zu einer Vertiefung und Weiterentwicklung einiger Teile, insbesondere des Prozessrechts (§ 8), geführt hat. Der Abschnitt zum Aggressionsverbrechen (§ 7 Rn. 261 ff.) musste wegen dessen Verabschiedung in Kampala (§ 6 Rn. 33) völlig neu geschrieben werden. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Anfang Mai 2011 berücksichtigt.

Wie immer habe ich meinem Lehrstuhlteam zu danken, allen voran den schon vorne erwähnten Mitarbeitern. Überdies haben Dr. Maria-Laura Böhm, Ass. iur. Katarzyna Geler und Sabine Klein, Dipl.jur. Szymon Świdorski, stud. iur. Antonia Bautsch, Katrin Müller sowie vor allem Moritz Eckhardt, Uta Nolte und Anina Timmermann wichtige Unterstützung in inhaltlicher wie technischer Hinsicht geleistet.

Kommentare nehme ich gerne unter lehrbuch@uni-goettingen.de entgegen.

Göttingen, im Mai 2011

Kai Ambos

Vorwort zur 2. Auflage

Die vorliegende Neuauflage sah sich mit dem Problem konfrontiert, bei praktisch gleich bleibendem Umfang an der Konzeption eines Lehr- und Studienbuchs festzuhalten, also einerseits das Buch didaktisch zu verbessern und andererseits die internationale und ausländische Diskussion möglichst umfassend aufzunehmen. Dies hat erhebliche Kürzungen mit Verweisen auf die Voraufgabe notwendig gemacht, u. a. habe ich mich in Abstimmung mit dem Verlag für die ausschließliche Aufnahme der neueren Literatur in die Literaturverzeichnisse bei Streichung aller alten Zeitschriftenaufsätze und Festschriftenbeiträge entschlossen. So finden sich in den jeweiligen Literaturverzeichnissen nun nur Monographien und die Literatur ab Ende 2005, frühere nur, sofern sie in der Voraufgabe noch nicht berücksichtigt wurde; die gestrichene Literatur der Voraufgabe ist auf meiner Website www.jura.uni-goettingen.de/kambos/Lehrbuch.html abrufbar. Dort finden sich auch die Teile des Textes und die Schaubilder, die in der Neuauflage – schweren Herzens – gestrichen werden mussten. Das allgemeine Literatur- und Quellenverzeichnis wurde hingegen erheblich erweitert; bei ausländischen Zeitschriften wurde, sofern eine klare Zuordnung möglich ist, das entsprechende Land in Klammern hinzugefügt.

Die Neubearbeitung besteht in der grundlegenden Überarbeitung, Aktualisierung und Erweiterung des Textes zum 1. Mai 2008; wichtige Aktualisierungen wurden auch noch Anfang September vorgenommen. Im 1. Teil (*Strafanwendungsrecht*) wurden insbesondere die Ausführungen zum Weltrechtsprinzip (§ 3 Rn. 93 ff.) erweitert sowie ein Exkurs zu § 129 b StGB (§ 3 Rn. 128 a) und ein Schaubild 4 zur Lösung von Jurisdiktionskonflikten eingefügt. Im 2. Teil (*Völkerstrafrecht*) wurden insbesondere die Abschnitte zur Implementation des IStGH-Statuts (§ 6 Rn. 51 ff., Schaubild 6), zu den „gemischten“ Tribunalen (§ 6 Rn. 58 ff.), zur Zurechnungsfigur des „joint criminal enterprise“ (§ 7 Rn. 30 ff.), zur Aggression (§ 7 Rn. 251 ff.), zum prozessualen Vor- und Zwischenverfahren (§ 8 Rn. 19 ff., 23 ff.) und zu den Opferrechten (§ 8 Rn. 44, 44 a) erheblich erweitert bzw. umgeschrieben. Im 3. Teil (*Europäisches Strafrecht*) hat die dynamische und unstete Rechtsentwicklung, die ganz im Schatten des Ende des Verfassungs(alb)traums stand und nun des Lissaboner Reformvertrags steht, zu einer noch radikaleren Neugestaltung weiter Teile der Voraufgabe gezwungen, insbesondere im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess (§ 9 Rn. 7 ff.), die Rechtsquellen (§ 9 Rn. 23–32), die europa(straf)rechtliche Harmonisierung (des Umweltschutzes) durch Richtlinie oder Rahmenbeschluss (§ 11 Rn. 30 ff.), die rahmenbeschlusskonforme Auslegung („Pupino“, § 12 Rn. 4 a), die Terrorismusbekämpfung durch „blacklisting“ (§ 12 Rn. 10 a, b), die Fortentwicklung von Art. 54 SDÜ (§ 12 Rn. 38 ff.) sowie, last but not least, den Europäischen Haftbefehl (§ 12 Rn. 56 ff.) und seine problematische Umsetzung in Deutschland (§ 12 Rn. 62 ff., 68 ff.). In allen Teilen wurden die *Fälle* ergänzt und – dies besonders auf Bitten Studierender – jeweils zusammenfassende Lösungshinweise erstellt.

Zu danken habe ich zuvörderst – in der Reihenfolge der Bedeutung ihres Beitrags – meinen (ehemaligen) Mitarbeitern PD Dr. Peter Rackow, Ignaz Stegmüller und Dr. Dennis Miller für die unverzichtbare Hilfe bei der Überarbeitung der Teile II,

III und I. Wichtige Beiträge haben auch meine wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen *Klaus Alten*, *Lydia Löbner*, *Pamela Ziehn* und – auf der Zielgeraden – *Stefanie Bock* geleistet; von studentischer Seite haben vor allem *Guido Belger* aber auch *Alexander Heinze*, *Stephanie Kern*, *Katrin Isabel Müller* und *Lisa Kühn* mitgewirkt. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz und ihre Teamfähigkeit wäre die zweite Auflage in dieser Form wohl niemals fertig geworden.

Göttingen, im September 2008

Kai Ambos

Vorwort zur 1. Auflage

Die zunehmende Bedeutung und Komplexität des „internationalen Strafrechts“ mit seinen Teilgebieten Strafanwendungsrecht, Völkerstrafrecht und europäisches Strafrecht macht ein Buch notwendig, das die Bedürfnisse von Studentinnen, Praktikerinnen und Wissenschaftlerinnen gleichermaßen anspricht. Die hier vorgelegte Konzeption eines *Lehr- und Studienbuchs*, das die genannten Teilgebiete systematisch darstellt und umfassend aufarbeitet, versucht dem mit einer Kombination aus didaktisch orientierter und wissenschaftlich vertiefender Darstellung Rechnung zu tragen. Vor allem didaktisch begründet ist die Verwendung von *Fällen* und *Beispielen* sowie *Schaubildern*. Vor allem der Vertiefung dient die mitunter *ausführliche Darstellung des Streitstandes* unterstützt von – auch ausländische und internationale Literatur berücksichtigenden – Schrifttumsverzeichnissen und Fußnotenapparaten. Wer dieses Buch zum Einstieg in die Materie nutzt, wird sich in der Regel mit dem groß geschriebenen Haupttext, unterstützt von Fällen und Schaubildern, begnügen können; wer aus praktischen oder wissenschaftlichen Gründen speziell an dem ein oder anderen Problembereich interessiert ist, wird zumindest einige weiterführende Hinweise finden. Kenner der Materie werden natürlich auch Lücken entdecken, so fehlt etwa eine Darstellung der Konkurrenzen im Völkerstrafrecht (vgl. § 7 Rn. 269 m. N. in Fn. 1052). Rechtsprechung und Literatur wurden bis Mitte September 2005 berücksichtigt. Für Hinweise bin ich immer dankbar: kambos@gwdg.de

Noch ein Wort zu den – neben dem (üblichen) *Abkürzungsverzeichnis* – erstellten Verzeichnissen: Das vorgeschaltete Allgemeine *Literatur- und Quellenverzeichnis* enthält Titel von besonderer Bedeutung, sei es weil sie teil- oder kapitelübergreifend zitiert werden oder sich für einen bestimmten Problembereich als grundlegend erweisen. Das am Ende abgedruckte *Rechtsprechungsverzeichnis* erfasst die zitierte (ausländische und internationale) Rechtsprechung mit vollständigem Nachweis. Dort finden sich auch die websites der zitierten Gerichte. Im Übrigen wurde auf detaillierte Internet-Fundstellen verzichtet, weil solche *links* nach einer gewissen Zeit häufig ins Leere führen (wenn man sie überhaupt richtig – mit allen Sonderzeichen – eingegeben hat). Stattdessen sei auf die Linksammlung unter <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/kambos/Links.html> verwiesen, die zudem ständig aktualisiert wird.

Neben den wegen ihrer maßgeblichen Mitwirkung besonders erwähnten Herrn Dr. Rackow und RRef. Miller danke ich auch meinen (ehem.) Mitarbeitern Christoph Barthe, Dr. Sven Uwe Burkhardt, RRefin. Iris Petersen, RRef. Jens Tödter und Dr. Malin Thunberg Schunke für Hilfe bei der Erstellung von Teilen des Manuskripts sowie Herrn Ignaz Stegmiller; und den studentischen Mitarbeitern Guido Belger, Annika Beyer, Martin Buse, Alexander Heinze und Michael Jilg für redaktionelle Unterstützung. Herrn Rechtsanwalt Stefan Kirsch danke ich für die kritische Lektüre von § 8. Dem Verlag bin ich vor allem dafür zu Dank verpflichtet, dass er gegenüber der mit der beschriebenen Konzeption verbundenen Überschreitung des ursprünglich vereinbarten Umfangs Verständnis gezeigt hat. Philipp Mützel danke ich für das gründliche Lektorat.

Kai Ambos

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Schaubilder	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literatur- und Quellenverzeichnis	XXXV

1. Teil. Strafanwendungsrecht

§ 1. Einführung	1
A. Begriff und Gegenstand	1
B. Bezüge zum Allgemeinen Teil	3
I. Verbrechen Aufbau	4
II. Nullum crimen sine lege	6
III. Zeit und Ort der Tat	7
IV. Tatbegriff	12
V. Tat, Täter und Teilnehmer	13
C. Schutzbereich der deutschen Tatbestände	15
I. Kollektivrechtsgüter	17
II. Individualrechtsgüter	18
D. Interlokales Strafrecht	20
§ 2. Die völkerrechtlichen Grundlagen nationaler Strafgewalt	22
A. Völkerrechtlicher Nichteinmischungsgrundsatz	23
B. Legitimierender völkerrechtlicher Anknüpfungspunkt	25
C. Konfliktlösung durch Abwägung der betroffenen Interessen	25
§ 3. Die legitimierenden Anknüpfungspunkte im Einzelnen	26
A. Territorialitätsgrundsatz	27
I. (Völkerrechtliche) Grundlagen	28
II. Die deutsche Rechtslage	30
B. Durchbrechungen des Territorialitätsprinzips	35
I. Flaggenprinzip	36
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen	36
2. Die deutsche Rechtslage	37
II. Aktiver Personalitätsgrundsatz	40
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen	41
a) Absolutes aktives Personalitätsprinzip	41
b) Eingeschränktes aktives Personalitätsprinzip	42
c) Domizilprinzip	42
d) Sitzprinzip	43
2. Die deutsche Rechtslage	43
a) Auslandstat	43
b) Der Begriff des Deutschen	44
c) Die identische Tatortnorm (lex loci)	45
d) Verzicht auf eine identische Tatortnorm	48
III. Schutzgrundsatz	51
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen	52
a) Realprinzip	52
b) Passives Personalitätsprinzip	52
2. Die deutsche Rechtslage	54

a) Erfordernis einer identischen Tatortnorm (lex loci)	54
b) Verzicht auf eine identische Tatortnorm	55
IV. Weltrechtsprinzip (WRP)	58
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen	59
2. Die deutsche Rechtslage	63
V. Grundsatz der stellvertretenden Strafrechtspflege	73
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen	73
2. Die deutsche Rechtslage	75
VI. Kompetenzverteilungsprinzip	79
VII. Exkurs: § 129 b Abs. 1 S. 2 StGB	79
§ 4. Jurisdiktionskonflikte	80
A. Mehrere innerstaatliche Anknüpfungspunkte eines Staates	81
B. Jurisdiktionskonflikt i. w. S. und ne bis in idem	81
C. Lösung von Jurisdiktionskonflikten	83
I. Ausgangspunkt: Mehrfache staatliche Strafgewalt	83
II. Hierarchie der Anknüpfungspunkte	83
2. Teil. Völkerstrafrecht	
§ 5. Begriff, Gegenstand und Quellen des Völkerstrafrechts	91
A. Begriff und Gegenstand	91
B. Quellen und Auslegungsmethoden	95
§ 6. Der Weg zu einem ständigen ISTGH: von Versailles nach Den Haag	100
A. Einleitung	102
B. Die Nürnberger Grundsätze als völkerstrafrechtliches Ergebnis der Nachkriegsjustiz	103
C. Die Entwicklung des Völkerstrafrechts bis zur Gründung der UN-Ad-hoc-Tribunale	103
I. Die Genozidkonvention	104
II. Haager und Genfer Recht	105
D. Die UN-Ad-hoc-Tribunale	110
I. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien	110
II. Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda	113
E. Der Ständige Internationale Strafgerichtshof	115
I. Verhandlungsgeschichte	115
II. Das Statut und die sonstigen Rechtsgrundlagen: Ein Überblick	117
III. Die erste Überprüfungs-konferenz in Kampala	125
IV. Die nationale Umsetzung („implementation“) des ISTGH-Statuts	126
F. Die „gemischten“ Tribunale	131
I. Grundlagen	131
II. Vergleichende Betrachtung	138
§ 7. Das materielle Völkerstrafrecht	140
A. Der „Allgemeine Teil“: Die völkerstrafrechtliche Zurechnungslehre	140
I. Vorbemerkungen	142
II. Allgemeine Grundsätze	145
III. Völkerstrafrechtliche Zurechnung und individuelle Verantwortlichkeit	148
IV. Täterschaft	152
1. Unmittelbare Allein- oder Einzeltäterschaft	153
2. Mittäterschaft	154
3. Mittelbare Täterschaft	155
4. Joint Criminal Enterprise	160
V. Teilnahme	167

1. Beihilfe	168
2. Die Anstiftung als Grundform des Veranlassens fremder Straftaten	171
VI. Vorgesetztenverantwortlichkeit	176
VII. Subjektive Voraussetzungen individueller Verantwortlichkeit	185
VIII. Versuch	188
IX. Straffreistellungsgründe („defences“)	190
1. Allgemeines	191
2. Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störung (Art. 31 Abs. 1 (a)) oder Rausch-	
zustandes (Art. 31 Abs. 1 (b))	194
3. Notwehr (Art. 31 Abs. 1 (c))	196
4. Handeln auf Befehl (Art. 33)	197
5. Notstand, insbesondere Nötigungsnotstand (Art. 31 Abs. 1 (d))	201
6. Irrtum (Art. 32)	204
7. Immunitäten (Art. 27)	207
8. Amnestien, Begnadigungen und sonstiger Strafverzicht	214
B. Der „Besondere Teil“: Die völkerstrafrechtlichen Verbrechen	217
I. Genozid	219
1. Begriff und geschützte Rechtsgüter	221
2. Objektiver Tatbestand (actus reus)	223
a) Die geschützten Personengruppen	223
b) Die einzelnen Tathandlungen	225
c) Begehungszusammenhang bei Genozid?	230
3. Subjektiver Tatbestand (mens rea)	231
a) Allgemeiner Vorsatz	231
b) Das besondere Absichtserfordernis	233
II. Verbrechen gegen die Menschlichkeit	244
1. Begriff und geschützte Rechtsgüter	245
2. Die Entwicklung des sog. Kontextelementes von Nürnberg nach Rom	247
3. Kontextelement, Begehungszusammenhang, Gesamttat i. S. v. Art. 7	250
a) Ausgedehnter oder systematischer Angriff	250
b) Gericht gegen eine beliebige Zivilbevölkerung	255
c) Der Zusammenhang zwischen Einzelaten und Gesamttat	257
d) Subjektiver Tatbestand (mens rea)	258
4. Die Einzelaten	260
a) Der subjektive Tatbestand	260
b) Die (objektiven) Einzelaten	260
III. Kriegsverbrechen	272
1. Begriff und geschützte Rechtsgüter	273
2. Art. 8 IStGH-Statut	274
a) Struktur	274
b) Vorliegen eines bewaffneten Konflikts	276
c) „Internationalisierung“ eines bewaffneten Konflikts	279
d) Die Beziehung zwischen dem bewaffneten Konflikt und den Einzelaten,	
insbesondere in subjektiver Hinsicht	281
e) Geschützte Personen und Objekte	282
3. Die Einzelaten	285
a) Allgemeines	285
b) Internationale vs. nicht-internationale Einzelaten	286
c) Tatbestandliche Ausgestaltung der Kriegsverbrechen	288
IV. Das Verbrechen der Aggression nach Kampala	291
1. Einleitung	291
2. Der Kampala-Kompromiss	293
a) Die tatbestandliche Definition	293
b) Die Ausübung der Gerichtsbarkeit	295
3. Fazit	300
V. „Völkervertragsgestützte Delikte“ („treaty based crimes“)	301
VI. Rechtspflegedelikte	302
VII. Strafen und Strafzumessung	305
§ 8. Das Völkerstrafprozessrecht und die strafrechtliche Zusammenarbeit	307
I. Zuständigkeits- und Zulässigkeitsvoraussetzungen	311

1. Die Zuständigkeit des IStGH	312
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	316
II. Das Strafverfahren vor den Tribunalen (ICTY, ICTR, IStGH)	322
1. Vorverfahren	322
a) Vorermittlungsverfahren („preliminary examinations“)	322
b) (Förmliches) Ermittlungsverfahren	324
c) Zwischenverfahren	330
2. Hauptverfahren	338
a) Beginn der Hauptverhandlung	338
b) Guilty Plea	340
c) Beweisregeln	342
d) Das Urteil	349
e) (Sonstige) Rechte der Verfahrensbeteiligten	350
3. Rechtsmittel	355
4. Zusammenfassende Bewertung	358
III. Die strafrechtliche Zusammenarbeit	359
1. Durchsetzung des Völkerstrafrechts, vertikale Zusammenarbeit und Kooperationspflicht	359
2. Die Zusammenarbeitsregelungen	362
a) Allgemeines	362
b) Überstellung und vorläufige Festnahme	365
c) Sonstige Rechtshilfe	371
d) Vollstreckung von Strafen und Anordnungen	375
3. Teil. Europäisches Strafrecht	
§ 9. Einführung: Begriff und Gegenstand des europäischen Strafrechts	381
A. Vorbemerkung	382
B. Der Begriff des Europäischen Strafrechts	385
I. Supranationale Strafrechtssetzung	386
1. Grundlagen	386
2. Art. 325 AEUV als Ermächtigung zu kriminalstrafrechtlicher Rechtssetzung	388
3. Weitere Kompetenznormen	389
II. Europäisiertes nationales Recht	389
1. Im Rahmen des Europarats	389
2. Im Rahmen der EU	390
a) Grundlagen, insbesondere Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	390
b) Formen und Techniken der Einflussnahme	391
C. Quellen des Europäischen Strafrechts	392
§ 10. Grundrechtsschutz in Europa	395
A. Einführung, insbesondere Verhältnis EU/EMRK	397
B. Grundrechtsschutz im Rahmen des Europarats (EMRK)	401
I. Der Europarat	401
II. Die EMRK und das Strafrecht	401
1. Vorbemerkung: EMKR und EGMR, insbesondere Bindungswirkung der Entscheidungen	401
2. Die strafrechtlich relevanten Gewährleistungen der EMRK	404
a) Art. 6: Fair trial, Waffengleichheit und einzelne Verfahrensrechte	404
b) Sonstige verfahrensbezogene Rechte	423
c) Materiestrafrechtliche Gewährleistungen	437
C. Grundrechtsschutz durch die EU	450
I. Bemühungen zum Grundrechtsschutz auf EU-Ebene	450
1. Vorschlag der Kommission für einen Rahmenbeschluss über Verfahrensrechte	450
2. Das Stockholmer Programm und seine Umsetzung	451
II. Die Gewährleistungen der Grundrechtecharta	451
1. Grundlagen, insbesondere: Bindungswirkung der GRCh	451

2. Die strafrechtlich relevanten Garantien im Einzelnen	452
a) Justizielle Rechte	452
b) Materiellstrafrechtliche Garantien	453
III. Insbesondere: Europäisches Doppelverfolgungsverbot	454
1. Rechtsgrundlagen (Art. 50 GRCh, Art. 54 SDÜ, Art. 4 ZP VII EMRK)	454
2. Art. 54 SDÜ	455
a) Einführung	455
b) Die rechtskräftige Aburteilung i. S. v. Art. 54 SDÜ	456
c) Dieselbe Tat i. S. v. Art. 54 SDÜ	463
d) Die „Vollstreckungskomponente“	465
§ 11. Europäisiertes materielles Strafrecht im weiteren Sinne (Europarat und EU)	468
A. Abkommen des Europarats	469
B. Strafrechtsangleichung in der Union	471
I. Allgemeines	471
II. Bereiche der Strafrechtsangleichung	475
C. Beeinflussung durch primäres und sekundäres Unionsrecht	478
I. Verweisung des Unionsrechts auf das nationale Recht („Assimilierung“)	480
II. Verweisung des nationalen auf das Unionsrecht	483
III. Harmonisierung durch Richtlinien	487
IV. Harmonisierung bzw. Assimilierung auf Grund sonstiger Prinzipien (Loyalitätsgebot, Anwendungsvorrang des Unionsrechts, unionsrechts-konforme Auslegung) ...	489
1. Das Loyalitätsgebot bzw. der Grundsatz der Unionstreue (Art. 4 Abs. 3 EUV) ..	489
2. Anwendungsvorrang des Unionsrechts	491
3. Unionsrechtskonforme Auslegung	494
§ 12. Verfahrensrecht: Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit	499
A. Grundlagen	500
B. Angleichung des Verfahrensrechts	503
C. Rechtshilfe	504
I. Vorbemerkung: Von der klassischen vertragsgestützten Rechtshilfe zur exekutivischen Rechtshilfe auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung	504
II. Auslieferung und Übergabe	509
1. Auslieferung (EuAIÜbk und EU-AuslÜbk)	509
a) Vorbemerkung	509
b) Das Europäische Auslieferungsübereinkommen (EuAIÜbk)	510
c) Schengen (SDÜ)	513
d) Das EU-Auslieferungsübereinkommen (EU-AuslÜbk) und andere EU Abkommen	515
e) EMRK und Zusatzprotokolle als Auslieferungshindernisse	516
2. Übergabe (Europäischer Haftbefehl)	521
a) Die europäischen Vorgaben	521
b) Die nationale Umsetzung: EuHbG I und II	526
c) Das problematische Urteil des BVerfG und seine Umsetzung durch das EuHbG II	532
d) Prüfung der Auslieferung aufgrund des EuHbG II (§§ 78ff. IRG n. F.)	536
III. Sonstige (kleine) Rechtshilfe, insbesondere grenzüberschreitende Beweiserlangung	538
1. Vorbemerkung	538
2. Europäische Rechtshilfeabkommen	538
3. Beweiserlangung: von traditioneller Rechtshilfe zu gegenseitiger Anerkennung ...	540
a) Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln	540
b) Europäische Beweisanordnung	540
c) Vorschläge der Kommission, insbesondere das Grünbuch „Erlangung verwertbarer Beweise in Strafsachen aus einem anderen Mitgliedstaat“	541
IV. Vollstreckungshilfe	543
1. Überstellungs- und Vollstreckungsabkommen	543
2. Instrumente auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung	544

§ 13. Institutionalisierung	547
A. UCLAF/OLAF	548
B. Europol	550
C. Eurojust	556
D. Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	560
Verzeichnis internationaler Rechtsprechung	563
Sachverzeichnis	579